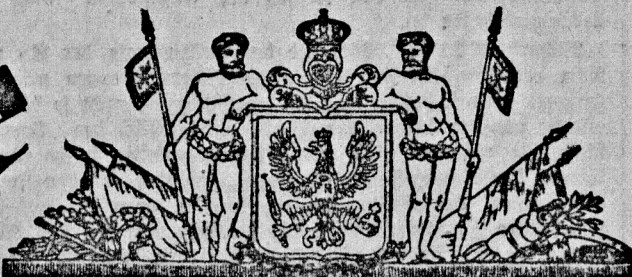


# Wossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.25 Mark, vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Vorladung Wilhelms II.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Bern, 16. April.

Der Ausschuss der Friedenskonferenz, der sich mit der Verantwortung für den Krieg beschäftigt, hat seinen Bericht beendet, der von allen Mitgliedern, ausgenommen den japanischen Delegierten, unterzeichnet wurde. Hiernach sollen der Kaiser, der Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz sowie diejenigen Offiziere, die die Unterseeboots und Bombardements kommandiert haben, abgerufen werden.

Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Ztg.“ meldet seinem Blatte: Das große Tagesereignis ist die Herstellung des Einvernehmens der Alliierten über die Vorladung des Kaisers und der „schuldigen“ militärischen Führer Deutschlands vor einen Gerichtshof. Die amerikanischen Delegierten hatten sich diesem Begehren lange Zeit widersetzt, aber schließlich hat Wilson nachgegeben und seine Unterschrift unter den Bericht der Kommission gesetzt, die die Frage der Verantwortung für den Krieg und anderer von den militärischen Führern Deutschlands begangener verbrecherischer Handlungen zu prüfen hatte.

Die „Chicago Tribune“, die ihre Mitteilungen aus der Umgebung des Präsidenten schöpft, erklärt diese Schwendung aus der Auffassung, daß Frankreich und England auf den Ersatz ihrer Kriegskosten haben verzichten müssen, und daß die Regierungen dieser Länder ihren Büllern „wenigstens eine moralische Genugtuung“ schulden, nachdem von einer materiellen Entschädigung abgesehen wurde. Die Forderung wurde von Belgien, „dem ersten Opfer des unrechtmäßigen deutschen Angriffs“, gestellt und von den Verbündeten unterstützt, mit Ausnahme der Japaner, die es vorgezogen hätten, wenn man sich mit einer platonischen Beurteilung der von Deutschland begangenen Frevel begnügt hätte.

Die juristischen Sachverständigen sind noch nicht darüber einig geworden, ob der Büllerbund als die für die Bildung eines Gerichtshofes maßgebende Behörde zu betrachten ist.

## Die Einladung nach Versailles.

Meldung der „Agence Havas“.

Paris, 16. April.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht ist die amtliche Einladung an die deutschen Vertreter noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich heute durch General Nudant erfolgen, der die deutschen Vertreter in Spa ersuchen wird, die Einladung an die deutsche Regierung weiterzugeben. Wahrscheinlich werden die Beschlüsse, die Deutschland unterbreitet werden, zunächst den direkt beteiligten Staaten vorgelegt werden, ehe sie Deutschland bekanntgegeben werden. In diesem Zusammenhang rechnet man mit der Abhaltung einer geheimen Vollziehung. Die deutschen Vertreter werden am 26. April in Versailles eintreffen. Die Besprechungen werden wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später beginnen. Wie bereits gemeldet, können die deutschen Vertreter einen Kurier an ihre Regierung senden, um den genauen Wortlaut zu übermitteln. Da die Reise nach Berlin und zurück acht Tage in Anspruch nimmt, wird den deutschen Unterhändlern ein entsprechender Zeitraum zur Unterzeichnung gewährt werden. Man hofft, bis zum 16. Mai mit diesen Formalitäten fertig zu werden.

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans hielten am Dienstag eine Vollziehung ab, in der erörtert wurde, ob die Kosten für die Befestigung des linken Rheinuferes von den Alliierten oder von den Deutschen zu tragen seien. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Biererrat zur endgültigen Beschlussfassung überwiesen.

os Rotterdam, 16. April.

Wie die „Newyork Sun“ aus Paris berichtet, will Wilson in Frankreich bleiben, bis die Deutschen den Friedensvertrag unterschrieben haben. Er werde also frühestens Anfang Juni in Amerika eintreffen können. Wilson sei der Ansicht, daß die Unterhandlungen mit Oesterreich, der Türkei und Bulgarien nicht so lange dauern werden wie mit Deutschland. Er hofft, bei seiner Rückkehr dem Senat sämtliche Verträge unterschrieben vorlegen zu können.

Gemäß dem Beschlusse des Obersten Kriegsrats hat der Oberste Wirtschaftsrat entschieden, daß die Verkäufe von Rohstoffen an Deutschland durch einen besonderen Ausschuss geregelt werden, der mit der Rodade- und Finanzabteilung zusammenarbeitet. Nach einem Bericht von Hoover haben im März die Vereinigten Staaten nach England, Frankreich und Italien 388 000 Tonnen Lebensmittel im Werte von 111 280 000 Dollar verkauft.

Bern, 16. April.

Die in der Pariser Konferenz aufgestellte Formel für die politische und wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets wird von einem Teil der deutsch-schweizerischen Presse als verkappte Annexion bezeichnet. Entgegen dieser Auffassung schreibt heute der Korrespon-

dent der „Basler Nachrichten“, im Gegensatz zu allen anderen Meldungen sei es nicht Frankreich, das die unmittelbaren Interessen vor die höheren Interessen stelle. Wenn die anderen Mächte dasselbe Entgegenkommen zeigen wie es Frankreich gezeigt habe, werde die Welt in absehbarer Zeit zu einem für alle annehmbaren Frieden kommen. Der Korrespondent setzt hinzu, wenn der Friedensschluß mit Deutschland und Oesterreich mangelnde, so werde es um die westliche Kultur geschehen sein. Darum müsse das Friedensziel gelingen.

## Lloyd George über den Frieden.

Drahtmeldung.

London, 16. April.

Lloyd George hielt heute im Unterhause seine mit großer Spannung erwartete Rede. Er sagte, es sei seine ernste Überzeugung, daß ein militärisches Einschreiten in Rußland der größte Anstoss sein würde. Er wolle lieber Rußland dem Bolschewismus überlassen, als erleben, daß Großbritannien hankrott mache. Von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. Es sei niemals vorgeschlagen noch darüber verhandelt worden.

Deutschland werde eine Armee haben, die für den Polizeidienst ausreichend sein würde, und eine Flotte, die eben genügen würde, um seinen Handel zu beschützen. Die Alliierten wünschten einen gerechten, aber nicht rachsüchtigen Frieden, der streng sein müsse.

## Die Entscheidung über Schleswig.

Meldung der „Agence Havas“.

Paris, 16. April.

Am Dienstag hatte der Biererrat, wie es in dem heute ausgegebenen diplomatischen Situationsbericht heißt, eine kurze Besprechung. Lloyd George war durch Balfour vertreten. Die Schleswiger Frage wurde entsprechend den Beschlüssen des Gebietsausschusses endgültig geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entscheiden. Die Volksabstimmung wird in Nordschleswig im ganzen, in Mittelschleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

## Reichshilfe gegen München?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Bamberg, 16. April.

Zwischen dem Aeltestenrat des Landtages und der Regierung Hoffmann hatte es in den letzten Tagen Auseinandersetzungen über die Art des Vorgehens gegen die Spartalisten und die Einrichtung einer Volkswehr gegeben, da innerhalb des Ministeriums selbst Widerstände gegen ein energisches Vorgehen vorhanden waren. Der Aeltestenrat hat jetzt beschlossen, die Regierung zu erwichtigen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Truppen zur Niederwerfung der Spartalisten anzuwerben und heranzuziehen, woher auch immer es möglich sei. Damit hat das Zentrum seinen früher aus parteipolitischen Gründen aufrechterhaltenen Widerspruch gegen die Inanspruchnahme von Reichshilfe gegen die Spartalisten aufgegeben. Die Regierung kann sich nun bei allen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung darauf stützen, daß der Landtag die Mitverantwortung trägt. Die Entscheidung des Ministeriums über die Stellungnahme zu dem Beschluß des Aeltestenrates wird jedenfalls noch heute vormittag fallen. Unmittelbar an den Ministerrat schließt sich dann eine weitere Sitzung des Aeltestenrates. — Ministerpräsident Hoffmann und Militärminister Schneppenhorst sind heute Nacht hierher wieder zurückgekehrt. (F. F. S.)

Wie aus Nürnberg berichtet wird, ist der irtümlich bei Regensburg verhaftete Bauernbundführer Gaudorfes wieder in Freiheit und hält sich gegenwärtig in Bamberg auf.

Augsburg, 16. April. (W. Z. B.)

In der gestrigen Vollziehung des Augsburger Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates berichtete die nach Bamberg entsandte Abordnung über die Verhandlungen mit dem Ministerium Hoffmann. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat stellte sich nach sachlicher Aussprache auf den Boden der dort getroffenen Vereinbarungen. Der Antrag der Unabhängigen, daß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Augsburg sofort mit den Münchener Volksbeauftragten und der Bamberger Regierung in Verbindung treten soll, um eine Einigung dieser beiden Stellen herbeizuführen, um dadurch den Brudermord zu verhindern, fand einstimmige Annahme.

## Die Kammer der Arbeit und das Räteystem.

Rundgebung des Deutschen Wirtschaftskongresses.

Der Deutsche Wirtschaftskongress trat gestern nachmittag im großen Saal der Philharmonie zu seiner dritten Rundgebung zusammen. Es handelte sich um eine Aussprache über das Thema: Die Kammer der Arbeit (Wirtschaftsparlament) und das Räteystem. Die sehr gut besuchte Versammlung war von einer tiefen ersten Stimmung beherrscht. Alle Redner erkannten an, daß unser Wirtschaftsleben völlig zugrunde gehe, wenn nicht eine Plattform gefunden werde, auf der eine Verständigung mit der Arbeiterschaft zustande kommen könne. Meinungsverschiedenheiten herrschten lediglich über den Weg, den man einschlagen müsse, um zum Ziel zu kommen.

Der Vorsitzende, Generaldirektor Brückmann, wies darauf hin, daß der erste Deutsche Wirtschaftskongress vor genau vier Monaten zusammengetreten sei. Damals habe Eduard Bernstein darauf hingewiesen, daß die Revolution bisher ruhig verlaufen sei, und daß man das Vertrauen hegen dürfe, daß sie auch weiterhin ruhig und planmäßig verlaufen werde. Dieses Vertrauen sei gelüftet worden. Der Ausbruch eines riesigen Brandes stehe unmittelbar bevor. Unsere Produktion ruhe vollständig, und das deutsche Volk gehe einer großen Hungersnot entgegen, wenn nicht rechtzeitig Feindeshilfe eingreife. Es heißt jetzt, Aufklärung schaffen, um die breiten Massen des Volkes wieder zur Mitarbeit heranzuziehen. Die fürchterlichen und gefährlichen Klassengegensätze müssen beseitigt werden. Der noch vor einiger Zeit unheimliche Gedanke des Räteystems müsse vernünftig verarbeitet werden, dann könne er zu einem Wegweiser aus dem Irgarten der jetzigen Zustände werden.

Dr. Reiser, Sektionschef im Reichswirtschaftsministerium, legte den Standpunkt seiner Behörde in der Frage des Wirtschaftsparlaments dar. Er betonte, daß der Ministerpräsident nur durch seine Anwesenheit in Weimar verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen. Das Reichswirtschaftsamt war sich schon seit Monaten darüber klar, daß eine Kammer der Arbeit geschaffen werden müsse. Dafür sprachen Grundsätze der staatlichen Ethik. Ebenso klar war man sich aber im Ministerium darüber, daß das Wirtschaftsparlament streng paritätisch aufgebaut werden müsse; das russische Beispiel der Diktatur des Proletariats sei nicht verlockend. Das Wirtschaftsparlament müsse Selbstverwaltung haben. Der Vertreter des Ministers wandte sich dann ausführlich gegen die Vorwürfe, mit denen man den Regierungsentwurf überschüttet habe. Bedauerlich sei, daß das Ministerium in den Kreisen der Unternehmer bisher wenig Unterstützung gefunden habe. Denen, die dem Reichswirtschaftsrat einen direkten Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung zugestehen wollen, müsse gesagt werden, daß die Frage nur durch die politischen Parteien in der Nationalversammlung gelöst werden könne. Teilt das Parlament in Weimar jenen Standpunkt, so könne das dem Reichswirtschaftsminister nur erwünscht sein.

Mag Cohen-Reuch, der Vorsitzende des Zentralrates, dankte dem Wirtschaftskongress dafür, daß er eine Plattform geschaffen habe, auf der die verschiedenen Meinungen gegeneinander abgewogen werden können. Sein Standpunkt in dieser Frage sei sehr weit von der Auffassung der Regierung entfernt. Man müsse bei der Lösung des Problems immer daran denken, daß die Flammen uns zu verschlingen drohen. Man müsse den Mut zu folgen schweren Entscheidungen haben, sonst geht die deutsche Wirtschaft im rasenden Tempo dem Ende entgegen. Die Regierung habe die Dinge nicht rechtzeitig erkannt und sich dauernd der Verankerung des Räteystems in der Verfassung widersetzt, wie überhaupt die ganze Arbeit der Regierung im Zeichen der Nervosität stand, wenn es auch von deren Vertreter bestritten wird. Erst habe die Regierung alles abgelehnt, und dann unter dem Druck der Verhältnisse Konzessionen gemacht, die immer größer wurden und trotzdem niemand befriedigen konnten, weil man immer weitere Nachgiebigkeit der Regierung erwartete. Die Arbeiter wollen einfach nicht mehr arbeiten, wenn man ihnen nicht die weitestgehenden Zugeständnisse macht. Man müsse mit dieser Tatsache rechnen, wenn er und seine Freunde sie auch bedauern. Wenn auch nicht alle Forderungen der Arbeiter berechtigt sein mögen, so könne man doch ohne weiteres sagen, daß viele nicht unberechtigt seien. Wenn der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht fordere, so wolle er damit ausdrücken, daß er keine Sklavensarbeit für den Kapitalismus leisten wolle. Das sei ein Schlagwort, aber es habe einen berechtigten Kern. Sein Standpunkt und der seiner Freunde sei der, daß unter allen Umständen wieder produziert werden müsse, koste es, was es wolle. Bei der jetzigen Anarchie gehen wir allmählich zu Grunde. Die Unternehmer sollten daher das größte Entgegenkommen zeigen. Dem Entwurf der Regierung habe Wahrheit, Ideenlosigkeit und Kurzsichtigkeit an. Es sei schwer, eine Grenze zwischen wirtschaftlichen und politischen Dingen zu finden. Die Kammer der Arbeit müsse mit dem politischen Parlament gleichberechtigt sein. Weiter müsse diese Kammer der Arbeit aus berufsständigen Wahlen hervorgehen. Es sei falsch, dieses Wahlsystem reaktionär zu nennen, nur darum, weil sich die Konfessionen dafür einsetzen. Der alte liberale Staat sei zerfallen, und der neuentstandene solle in der Richtung des Sozialismus arbeiten. In der Richtung des Sozialismus marschieren, heißt